



BI GiesenSchacht e.V.

31180 Giesen, 24.1.2017
OT Ahrbergen
Fleckenfeld 3
bigiesenschacht@gmail.com

Offener Brief an die Landesregierung und die Fraktionen des Landtages Niedersachsen

Herr Ministerpräsident Stephan Weil
Herr Wirtschaftsminister Olaf Lies
Herr Umweltminister Stefan Wenzel
Herr Landwirtschaftsminister Christian Meyer
Frau Modder, Fraktionsvorsitzende SPD
Herr Thümler, Fraktionsvorsitzender CDU
Frau Piel, Fraktionsvorsitzende DIE GRÜNEN
Herr Dürr, Fraktionsvorsitzender FDP

Wiederaufnahme des Kalibergbaus in Giesen (Nds.) Interessenausgleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit November 2013 läuft für das Reservebergwerk Siegfried Giesen ein Genehmigungsverfahren zur Wiederaufnahme der Kaliproduktion.

Das Verfahren ist nun in die entscheidende Phase getreten, und wir möchten die Gelegenheit nutzen, die Landesregierung aufzufordern, sich für einen umfassenden Interessenausgleich einzusetzen.

Die BI vertritt circa 1600 Anwohner und verfolgt das Ziel, dass der zukünftige Kalibergbau einvernehmlich zwischen Betreiber und Anwohner erfolgt. Die BI-Ziele lassen sich einfach umreißen: Geringe Belastung für die Umwelt und Anwohner, Nachhaltigkeit und Jobs.

Im Laufe des Jahres 2014 hat sich der Betreiber mit der BI in dem vom Bürgermeister der Gemeinde Giesen, Herrn Andreas Lücke, initiierten Arbeitskreis „Bürgerbeteiligung“ ausgetauscht.

Mit Bedauern mussten wir dabei zur Kenntnis nehmen, dass der Betreiber offensichtlich keinen Interessenausgleich anstrebt. Unseren Wünschen nach



geringen Belastungen wurde entgegengehalten, dass es ohne Schmutz, Lärm und Dreck halt nicht geht. Zugeständnisse wurden lediglich in marginalen Punkten gemacht wie z.B. der Einrichtung eines „Sorgentelefon“ oder der Zusicherung, dass die Gleisanlagen regelmäßig gewartet werden.

Das vom Betreiber vorgestellte Anlagenkonzept entsprach dabei nicht dem Stand der Technik, verursacht inakzeptable Belastungen für die Anwohner und führt zu hohen Altlasten, die an folgende Generation weitergegeben werden.

Reststoffe sollen bei diesem Konzept vorzugsweise in der Umwelt verteilt werden. Dazu zählt das Aufhalden, das Versprühen der Industrieabwässer auf der Halde als auch die Einleitung in die Innerste. Zusätzlich werden die Anwohner durch die ortsnahe Errichtung der Anlagen (Halde im Nahbereich von Giesen, Wetterschacht direkt im Wohngebiet, Bahn direkt durchs Wohngebiet) ungebührlich belastet.

Die Genehmigung einer solchen Anlage wäre keine erfolgreiche Industriepolitik.

Es würde auch dem Grundsatz widersprechen, dass Reststoffvermeidung und/oder Aufarbeitung vor der Entsorgung in der Umwelt stehen muss. Die heutigen Möglichkeiten werden bei dem Betreibermodell in keinsten Weise ausgeschöpft.

Die BI hat als Gegenentwurf vorgeschlagen, folgende Änderungen am Anlagenkonzept vorzunehmen.

- **Verwertung der Reststoffe anstatt Aufhaldung.** Iberpotash in Spanien zeigt einen Weg zur Entsorgung der Halden auf, die auch in Giesen zur Anwendung kommen muss. Alternativen bietet darüber hinaus die Firma K-Utec an.
- **Nachhaltige Emissionsreduzierung durch schneidende Abbauverfahren.** Das vom Betreiber favorisierte Abbauverfahren Sprengen&Bohren verursacht hohe Stickoxid-/Sprenggas-/Feinstaubbelastungen die durch schneidende Verfahren vermieden werden. Sprengen&Bohren ist nicht mehr Stand der Technik. Einschlägige Fachliteratur klassifiziert „Schneiden“ als das modernere Verfahren, welches in anderen Kaliförderbetrieben zum Einsatz kommt.
- **Reduzierung des Störfallrisikos durch Verlegung des Wetterschachtes.** Der ausziehende Wetterschacht ist direkt im Wohngebiet geplant, eine sehr ungewöhnliche und rücksichtslose Planung, die man ablehnen muss. Je nach Umfang der Störfälle besteht hier Gefahr für Leib und Leben. Eine Verlegung des Wetterschachtes würde darüber hinaus zu geringeren Stickoxid-/Feinstaubkonzentrationen im Naturschutzgebiet und in den anliegenden Wohngebieten führen.



- **Verlegung der Bahn** zur Erhaltung der Wohnqualität
- **Einrichten einer Schiedsstelle**, damit Streitigkeiten auf Augenhöhe besprochen werden können.
- **Kontinuierliche und umfassende Kontrolle** der gesetzlichen Grenzwerte durch staatliche Stellen.

Uns ist bewusst, dass bei einer Realisierung dieser Punkte die Belastungen nicht vollständig vermieden werden. Wir sind allerdings Überzeugung, dass diese konstruktiven Vorschläge die Basis für einen umfassenden Interessenausgleich sind.

Die Punkte sind wirtschaftlich darstellbar. Sie führen sicher zu höheren Investitionskosten, die aber bei der langfristigen geplanten Betriebszeit akzeptabel sind. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Punkte, die in anderen Bergwerken zu den Standards gehören und dem Stand der Technik entsprechen. Und das Wesentlichste ist, **sie entlasten die Umwelt nachhaltig.**

Von Seiten der Politik hat es bisher nur unklare Statements gegeben. Lediglich von Umweltminister Stefan Wenzel war zu hören, dass er eine zweite Halde verhindern möchte. Von anderen Politikern hat man dahingehend nur sehr allgemein vernommen, dass die „gesetzlichen Vorgaben“ eingehalten werden sollten.

Das zurückhaltende Verhalten der Politik ist zu wenig und fördert eher einen **rücksichtslosen Kalibergbau**. Es hinterlässt den Eindruck, dass den Interessen des Betreibers von Seiten der Politik Vorrang eingeräumt werden soll.

Das Projekt wird aber nur **langfristig erfolgreich** sein, wenn wir einen umfassenden Interessenausgleich hinbekommen.

Wir möchten Sie darum auffordern, sich für einen umfassenden Interessenausgleich einzusetzen und auf den Betreiber einzuwirken, sich den Anforderungen eines modernen Kalibergbaus zu stellen.

Sollte ihnen das nicht gelingen, empfehlen wir, die Genehmigung zu versagen.

Gerne sind wir bereit, in einem persönlichen Gespräch unseren Standpunkt weiter zu erläutern.

Mit freundlichem Gruß

Dirk Fietz
Pressesprecher der BI-GiesenSchacht e.V.
Tel 05066-984304